

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XX/233

Bonn, den 6. Dezember 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	Die Präsidentschaftswahl in Frankreich Empfindlicher Schlag für den Gaullismus	44
2	<u> Mit welchem Konzept ?</u> Vor der Pariser NATO-Ministerkonferenz	22
2	<u> Professor Schelsky</u> Opfer von Intrigen	27
3	<u> Hoffnung auf Mieterschutz ?</u> Rechtsunsicherheit auf Kosten der Mieter Von Bürgermeister a.D. Dr. Paul Nevermann	52
4 - 5	<u> Ist die "Bevölkerungsexplosion" ein echtes Problem ?</u> Geburtenkontrolle allein genügt nicht Von Pierre Simonisch, Genf	90

- + +

Die Präsidentschaftswahl in Frankreich

Empfindlicher Schlag für den Gaullismus

sp - Das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen in Frankreich ist ohne Zweifel ein Auftakt zur Neuorientierung der seit 1958 praktizierten offiziellen französischen Politik. Daß General de Gaulle in ersten Wahlgang nicht die absolute Mehrheit erreichen konnte, hätte wohl vor 14 Tagen kaum noch jemand voraussagen gewagt. Nun ist es geschehen und der Generalpräsident sowie seine politischen Freunde werden sich in jedem Fall überlegen müssen, ob Frankreichs bisherige Haltung zur Europa-Politik und zum Atlantischen Bündnis nicht einer Revision bedarf.

Schon in der Nacht von Sonntag zu Montag wurden die Gründe für das Wahlergebnis etwa wie folgt zusammengefaßt:

- * 1. Die Franzosen verehren zwar de Gaulle, sind es aber leid,
* dauernd an nationale Größe erinnert zu werden, die ihnen
* nichts einbringt.
- * 2. Eine große Anzahl der französischen Wähler fürchtet bei
* ungehemmter Fortsetzung der de Gaulle'schen Außen- und
* Innenpolitik eine zunehmende Isolierung Frankreichs von
* seinen Verbündeten.
- * 3. Viele französische Bürger fühlten sich getroffen, weil
* de Gaulle zu Beginn des Wahlkampfes erklärt hatte, nach
* ihm, bzw. wenn man ihn nicht wähle, käme "das Chaos".

Diese Behauptung des großen Franzosen de Gaulle eröffnete schlagartig den französischen Wählern die Aussicht auf das politische Nichts, weil der 75-jährige General nicht für einen Nachfolger gesorgt hatte, oder erinnerte sie daran, daß de Gaulle alle übrigen Politiker Frankreichs für unfähig hält.

Was viele "Frankreichkenner", und unter ihnen besonders die deutschen Gaullisten der verschiedensten Schattierungen, nicht für möglich gehalten hatten, ist eingetroffen. Die Anhänger der klassischen Parteien Frankreichs haben im großen und ganzen die von ihren Parteileitungen herausgegebenen Wahlparolen befolgt. Auf der Strecke geblieben sind die Gaullisten, soweit man sie als eine Parteiformation betrachtet.

Daraus ergeben sich für die nächsten Züge der französischen Politik eine Reihe interessanter Perspektiven: Die Nationalversammlung, die erst in zwei Jahren neu gewählt wird und in der die Gaullisten über eine massive absolute Mehrheit verfügen, entspricht seit dem letzten Wahlsonntag nicht mehr dem tatsächlichen Bild der politischen Landschaft Frankreichs. Sicher werden die Gegner de Gaulles bald hieraus ihre Schlußfolgerungen ziehen und die Vorverlegung der Wahlen zur Nationalversammlung fordern. - Unabhängig von allen diesen Überlegungen bleibt für die deutsche Politik die Aufgabe bestehen, das deutsch-französische Verhältnis so gut wie möglich zu gestalten und weiter auszubauen.

Mit welchem Konzept ?

Vor der Pariser NATO-Ministertagung

sp - Am kommenden Dienstag beginnt in Paris die Dezembertagung des NATO-Ministerrats. Im Mittelpunkt der Erörterungen werden voraussichtlich jene Probleme stehen, die Bundeskanzler Erhard wenige Tage darauf auch mit dem US-Präsidenten besprechen will: die Reorganisation des atlantischen Verteidigungsbündnisses. Man war es schon während der letzten Bundestagsdebatte kaum möglich, den Standpunkt der Regierung hierzu kennenzulernen, zumal einer der Träger der Koalition, Franz Josef Strauß, Ideen entwickelte, die keineswegs jenen Vorstellungen entsprechen, die man im Auswärtigen Amt und im Bundesverteidigungsministerium sowohl für die NATO-Ministertagung als auch für das Treffen Johnson-Erhard angeblich vorbereitet hat. Das wirft die Frage auf, ob die Bundesregierung überhaupt ein Konzept hat, mit dem sie bei den kommenden Diskussionen in Paris und in den USA hervortreten gedenkt. Die sybillinischen Erklärungen, die hier und dort von offiziellen Regierungssprechern abgegeben werden, lassen befürchten, daß es dem Regierungschef bisher nicht gelungen ist, die vermeintlichen Koalitionspartner unter einen Hut zu bringen. Es ist zu hoffen, daß wenigstens der Außenpolitische Ausschuß und auch der Verteidigungsausschuß des Bundestages noch vor der Pariser NATO-Ministertagung darüber ins Bild gesetzt werden, wie die Bundesregierung dort die deutschen Interessen zu vertreten gedenkt.

Professor Schelsky

Opfer von Intrigen

sp - Bewältigung der Vergangenheit lag wohl den Paderborner CDU-stadtverordneten nicht im Sinn, als sie ihre Pfeile auf den bekannten Soziologen Professor Schelsky abschossen. Der so aus dem Hinterhalt Angegriffene hat aus verständlichen Beweggründen sein Amt im Gründungsausschuß der geplanten Universität Bielefeld-Herford niedergelegt. Das Bedauern darüber ist allgemein; vor allem bei Studenten und Professoren, aber auch in der breiten Öffentlichkeit und bei den demokratischen Parteien. Professor Schelsky gehört zu den geachtetesten Gelehrten der Bundesrepublik. Seine wegweisenden soziologischen Studien und Untersuchungen sind das Beste, was auf diesem Gebiet in der Nachkriegszeit geleistet wurde und haben auch internationale Beachtung gefunden. Seine Gesinnung als Demokrat bleibt unbestritten. Zum Verhängnis wurde ihm eine kleine Schrift, die er als 21-Jähriger (!) verfaßte und in der er den Nationalsozialismus zwar nicht verherrlichte, jedoch ihm einige gute Züge abgewann - aus der Sicht eines damals 21-Jährigen. Prof. Schelsky selbst hat diese Schrift als politische Jugendtorheit bezeichnet. Sein späteres Verhalten im Dritten Reich gab zu keinen Beanstandungen Anlaß, er distanzierte sich von den damaligen Machthabern. Man kann also diesen Fall nicht mit dem des Freiherrn von Pölnitz vergleichen, der als Dozent noch in den vierziger Jahren den Nationalsozialismus in Wort und Schrift verbreitete. Die Jugendtorheit des Soziologen war freilich nur der äußere Anlaß für den wohlgezielten Abschuß. Die Paderborner CDU nahm es Professor Schelsky übel, daß er sich bei dem Bau der geplanten Universität nicht für Paderborn, sondern für Bielefeld-Herford entschied. Dieser Lokalpatriotismus geht zu weit; er richtete sich gegen die Ehre eines Mannes. Für Vergangenheitsbewältigung ergeben sich gewiß lohnendere Objekte als Professor Schelsky. Hier schoß die Paderborner CDU weit über das Ziel hinaus.

Hoffnung auf Mieterschutz ?

Von Bürgermeister a. D. Dr. Paul Nevermann

Für die Rechte der Vermieter und Mieter besteht in den Kreisen, in denen der Mieterschutz durch Bundesgesetz aufgehoben wurde ("Weisse Kreise"), eine völlige Rechtsunsicherheit. Der neue Bundeswohnungsbauminister hat erklärt, er würde die jetzige Rechtslage überprüfen und eventuell ändern. Haben wir eine Hoffnung? Setzt Herr Minister Bucher sich durch? Nach der heutigen Rechtslage kann in den Weissen Kreisen jeder Vermieter kündigen, ohne jeden Grund. Es sind schon Tausende von grundlosen Kündigungen erfolgt. Mieten sind von 20 bis 200 Prozent gesteigert worden!

Ich weiß, die Vermieter "sind gar nicht so". Es handelt sich immer nur um wenige; aber für diese brauchen wir eben den Mieterschutz. Nun sagt der bisherige Wohnungsbauminister Lücke: Der neue Paragraph 556a BGB sei der "Eckpfeiler des sozialen Mietrechts". Schöner Eckpfeiler! Er besagt, daß eine grundlose Kündigung unberechtigt ist, wenn ihre "Härte auch unter vollster Würdigung der Belange des Vermieters nicht zu rechtfertigen ist". Was soll der Richter damit anfangen? Der Paragraph gibt keine Anhaltspunkte, keine Kriterien für die Härteklause. Weder Anwälte noch Richter können danach Recht sprechen. Es ist bezeichnend, daß das Wohnungsbauministerium jetzt den Richtern vorwirft, sie machten zu wenig Gebrauch von dieser "Sozialklause". Nach dem Grundsatz der freien grundlosen Kündigung können die Gerichte nur in harten Grenzfällen ausnahmsweise eine Kündigung für ungültig erklären. Mit Recht heißt es im Zentralorgan der Grundeigentümer, Deutsche Wohnungswirtschaft, Heft 4/1965:

"Es geht einfach nicht an, bei einer solchen Auseinandersetzung den Gerichten den Vorwurf zu machen, die vorgenommene Gesetzesauslegung sei zu eng und entspreche nicht den Vorstellungen des Gesetzgebers. Die Ankündigung ein Aufsatz über die Auslegung des Widerspruchsrechts solle an alle Gerichte versandt und von diesen beachtet werden, muß als ein eklatanter Verstoß gegen die Gewalttrennung angesehen werden."

Paragraph 556a ist kein Eckpfeiler, sondern das Ende eines sozialen Mietrechts. Soziales Mietrecht muß von der Sozialpflichtigkeit des Grundeigentums ausgehen. Soziales Mietrecht bedeutet daher Mieterschutz als Bestandsschutz für das gemeitete Heim. Das bedeutet, daß der Vermieter das Recht haben muß, Mieter loszuwerden, die ihren vertraglichen Pflichten nicht nachkommen. Daher muß ein Mieterschutzparagraph die konkreten Kündigungsgründe enthalten, ähnlich wie das Mieterschutzgesetz von 1923. Nur dann kann der Mieter sich sicher fühlen in seinem Heim und der Vermieter hat dann einen klaren Rechtsanspruch auf Kündigung!

Verstößt das gegen die Funktion des Eigentums? Nein! Eine solche Bestimmung stellt die anerkannte Ausübung der Eigentümerrechte in strittigen Fällen nur unter gerichtliche Kontrolle. Es wird gesagt, dieser Mieterschutz sei Zwangswirtschaft. Ich frage: War in der Weimarer Republik Zwangswirtschaft? Ist Kündigungsschutz im Arbeitsrecht Zwangswirtschaft? Wenn eine offene Handelsgesellschaft gegen den Willen eines Gesellschafters aufgelöst werden soll, geht auch dies nur durch Richterspruch. Niemand spricht von "staatlichem Eingriff." Mieterschutz ist wesentlicher Bestandteil eines sozialen Rechtsstaates. Der Paragraph 556a muß also tatsächlich neu gefaßt werden. Wir hoffen auf

Ist die "Bevölkerungsexplosion" ein echtes Problem ?

Geburtenkontrolle allein genügt nicht

Von Pierre Simonitsch, Genf.

Die Weltbevölkerung betrug Anfang 1964 schätzungsweise 3,2 Milliarden. Die moderne Produktion kann aber nur 2,15 Milliarden Menschen ausreichend ernähren. Was wird erst im Jahre 2000 geschehen, wenn es - falls die heutigen Berechnungen stimmen - sechs oder sieben Milliarden Menschen auf der Erde gibt?

Alle Wissenschaftler teilen nicht die Ansichten des "Population Councils" in New York, wonach nur eine drastische Geburtenkontrolle die große Hungersnot abwenden kann. Selbst der Begriff "Bevölkerungsexplosion" wird nicht unwidersprochen hingenommen. Für Dr. Glass vom Institut für wirtschaftliche und politische Wissenschaften in London beispielsweise kann eine Zuwachsrate von zwei bis drei Prozent jährlich nicht als "Explosion" gewertet werden. Durch die Dramatisierung des Bevölkerungszuwachses werde eher eine allgemeine Hysterie als ernsthafte Überlegung gefördert. Professor Cépède vom Nationalen Landwirtschaftsinstitut in Paris meint, daß während der Altsteinzeit, als es höchstens eine Million Menschen gab, die Erde überbevölkert war weil dem damaligen Individuum nicht genügend Nahrungsmittel zur Verfügung standen. Die Überbevölkerung ist allein die Konsequenz der Unfähigkeit des Menschen, sich an einem gewissen technischen Niveau und einer gewissen demographischen Dichte die lebensnotwendigen Güter anzueignen.

Ernährung für zehn Milliarden ?

Laut Professor Malin vom Moskauer Forschungsinstitut für Düngemittel läßt sich die kultivierbare Fläche der Erde ohne größere Kosten auf 267 Milliarden Hektar ausdehnen, wodurch automatisch die normale Ernährung von sieben Milliarden Menschen gewährleistet würde. Zehn Milliarden Menschen könnten ernährt werden, wenn man ohne Ausdehnung der gegenwärtig bebauten Flächen nur die Produktionsmethoden der hochentwickelten Staaten in allen Ländern anwenden würde. Durch die Ausnützung der Reichtümer des Ozeans sowie die mögliche Transformation der Pflanzen wäre die ausreichende Ernährung von Trillionen von Individuen gesichert. Allerdings müßte man dann zu einer Neuaufteilung des Wassers auf der ganzen Erde und zu einer Kontrolle der atmosphärischen Kohlensäure schreiten.

Gewaltige Energiereserven

Auch die Energiereserven unseres Planeten scheinen unversiegbare. Vor kurzem schätzte man noch, daß Kohlenvorräte in den nächsten 75 Jahren verbraucht sein werden; nach den letzten Forschungsergebnissen betrachtet man sie als für drei oder vier Jahrhunderte ausreichend. Die gesamten Erdölvorräte kalkulierte man 1957 auf sieben Milliarden Tonnen. Aber 1964 betrug allein die in den westlichen

Länder entdeckten Vorkommen 42,7 Milliarden Tonnen. Es wird nunmehr angenommen, daß sich unter einem Sechstel der Erdoberfläche Erdgas und Petroleum befinden; von dieser Fläche wurden bisher erst fünf Prozent genau untersucht. Je tiefer man bohren kann, um so reichhaltiger werden die entdeckten Vorräte. 1935 betrug die durchschnittliche Tiefe der Bohrlöcher in den USA 840 Meter, mit den heutigen Mitteln bohrt man bereits über fünf Kilometer tief. Die Erdgasvorräte werden gegenwärtig auf 110 000 Milliarden (!) Kubikmeter geschätzt. Ihre Ausnützung hat erst in einigen Ländern zaghafte begonnen - ganz zu schweigen von den Kraftquellen der Zukunft: Auswertung von Flut und Ebbe, das Atom und die Sonnenenergie...

Das wahre Problem liegt in der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung - die von manchen Leuten nicht gern gesehen wird. Gegenwärtig leiden zwei Drittel der Bevölkerung Lateinamerikas an Unterernährung oder unausgeglichener Alimentation. Nach dem bekannten brasilianischen Soziologen Josué de Castro beträgt die tägliche Nahrungsmenge eines Bewohners Nordostbrasilien durchschnittlich 1700 Kalorien - eine der geringsten Rationen der Welt. Die Pro-Kopf-Nahrung ist in ganz Lateinamerika seit dem Zweiten Weltkrieg gleichgeblieben. Dabei würde eine rationelle Ausnützung des Bodens Brasiliens und Argentiniens allein ausreichen, eine fünfmal so bedeutende Bevölkerung wie die Lateinamerikas zu ernähren. Dieselbe ungenügende Ausnützung der natürlichen Möglichkeiten macht - wiewohl die historischen Ursachen nicht genau die gleichen sind - das Unglück Afrikas und Asiens.

Falsche Ernährungsweise

Das Problem der Unterernährung darf keinesfalls so verstanden werden, daß die Leute in den unterentwickelten und angeblich überbevölkerten Regionen tatsächlich allesamt an Hunger leiden. Viele Menschen gehen an einer falschen Ernährungsweise zugrunde, vor allem an chronischem Proteilmangel. Die Tagesration eines Lateinamerikaners (mit Ausnahme der Argentinier und Uruguayer) besteht zu 64 Prozent aus grünem Gemüse und Zucker. Dem Indier verbietet die Religion den Genuß von tierischen Produkten (d.h. auch von Eiern usw.); hier stehen die mit dem Kampf gegen die Unterernährung beauftragten Spezialorganisationen der Vereinten Nationen vor einem besonders delikaten Problem: Wie können die so sehr mit ihrer Tradition behafteten Völker dazu gebracht werden, ihre Essgewohnheiten zu ändern. Mit einer Hilfe von seiten der religiösen Führer ist nicht zu rechnen. Man versucht nun, mittels verlustreichen Methoden aus Fischen, Milch und sogar aus Petroleum das notwendige Protein zu extrahieren und in Pulverform den herkömmlichen Nahrungsmitteln beizumengen.

Die Probleme des Bevölkerungszuwachses können nicht durch eine Geburtenkontrolle (so wichtig diese auch ist) gelöst werden, denn sie sind von einer Unzahl sozialwirtschaftlicher, geographischer und geschichtlicher Faktoren abhängig. Um damit fertig zu werden, braucht die Menschheit den Universalfrieden, und eine wirksame internationale Zusammenarbeit.